

Jahresempfang SoVD Landesverband Hamburg

Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit
Teilhabe fördern und Chancen eröffnen

21. Februar 2024

Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender Hamburg
Es gilt das gesprochene Wort.

Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserem heutigen Jahresempfang!
Ich freue mich, dass ich Sie hier im Maritimen Museum so zahlreich begrüßen darf. Das Motto unseres Jahresempfangs lautet in diesem Jahr: „Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit - Teilhabe fördern und Chancen eröffnen“.

Wir stehen vor Herausforderungen, wie noch nie in der Zeit der Bundesrepublik Deutschland. Die Spätfolgen der Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und der Klimawandel – all dies beeinflusst unsere Gesellschaft nachhaltig, und es verändert sie: Steigende Armut und Spaltung bei gleichzeitiger Rezession unserer Wirtschaft, und ganz besonders das Erstarken rechtsextremistischer Strömungen auch in unserem Land, gefährden den sozialen Frieden und unsere demokratischen Grundwerte. Ich glaube, ich spreche uns allen aus dem Herzen, wenn ich sage: Wir müssen uns sorgen! Und wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen! Wir müssen mehr denn je gemeinsam nach Lösungen suchen für drängende soziale Fragen. Deshalb bin ich glücklich und überwältigt, dass Sie alle unserem Ruf gefolgt sind und wir heute das tun, was wir viel mehr tun müssen: Miteinander ins Gespräch kommen und einander zuhören.

Zu Beginn möchte ich über das Wiedererstarken des Rechtsextremismus und den Gefahren, die davon ausgehen, sprechen.

Wir müssen uns klar sein: das ist eine gefährliche Entwicklung. Sie richtet sich nicht gegen einzelne Veränderungen in unserer Gesellschaft, sondern bedroht unsere gesellschaftliche Ordnung als Ganzes.

Das Geheimgespräch in Potsdam hat es gezeigt: „Rechtsradikale in Deutschland planen eine systematische sogenannte Remigration von Millionen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes“. Bürgermeister Peter Tschentscher sagte auf der ersten großen Hamburger Kundgebung dazu: „Schon das Wort Remigration ist eine empörende Verharmlosung. Sie wollen eine massenhafte Deportation“. Dem kann ich nur zustimmen. Und Hunderttausende Menschen sind auf die Straße gegangen, weil auch sie nicht „zurück in eine Zeit von Hass und Gewalt“ wollen, die wir längst hinter uns gelassen glaubten. Das ist ein tolles Zeichen, denn Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit haben keinen Platz in unserer Gesellschaft! Im Programm der AFD sucht man vergeblich nach wirklichen Lösungsansätzen, die wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Fortschritt in unserem Sinne ermöglichen. Diese Programmatik bietet für den SoVD keine Ansatzpunkte für Gemeinsamkeiten.

Wir leben in einer Zeit der großen Umbrüche. Das wird uns immer wieder deutlich vor Augen geführt. Wer uns allerdings erzählt - wenn wir überleben wollen, dann müssen wir zunächst einmal alle verzichten - der hat einiges nicht verstanden.

Bürgergeldempfänger und -empfängerinnen, Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit kleinen Renten und Einkommen fragen sich zurecht, worauf sie denn noch verzichten sollen, wenn das, was sie haben, schon heute nicht mehr für das Nötigste reicht. Und wer Bürgergeldempfängerinnen und .empfängern unaufhörlich unterstellt, dass sie nur zu faul zum Arbeiten seien, darf sich nicht wundern, wenn diese Menschen kein Vertrauen mehr in die Politik haben. So schürt man Politikverdrossenheit und grenzt Menschen aus! Das gilt auch für Teile der Opposition im Deutschen Bundestag.

Der SoVD steht an der Seite der Schwächsten in der Gesellschaft. Dabei geht es nicht nur um die Sicherung von Teilhabe, die Sicherung so manchen kleinen Wohlstands, sondern vor allem um den Fortbestand unserer Gesellschaft. Wer ausgegrenzt ist, wird sich nicht für die Gemeinschaft stark machen, das wissen wir doch! Bei unseren Politikerinnen und Politikern habe ich da allerdings manchmal so meine Zweifel.

Schon vor der Pandemie hat eine große Zahl (42%) an Menschen zugegeben, dass das Thema Armut für sie relevant ist. Seitdem sind Sorgen und Abstiegs-Ängste nicht weniger geworden. Für viele fehlt es an einer Perspektive für eine gute Zukunft. Daran muss Politik endlich konkret und nachhaltig arbeiten! Es ist höchste „Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit, Zeit, Teilhabe zu fördern und Chancen zu eröffnen“.

Denn auf der anderen Seite wächst der Reichtum der wenigen in einer geradezu obszönen Geschwindigkeit. Wir brauchen eine Vermögensteuer, einen höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer, eine strikte Erbschaftsteuer und einiges mehr. Dabei geht es nicht nur um die Finanzierung unserer Aufgaben. Wenn die soziale Schere eine Gesellschaft immer weiter aufgeht, ist dies nicht einfach nur ungerecht, sondern es betrifft existenziell das Funktionieren der Gesellschaft im Kern. Das ist die Gefahr!

Für immer mehr Menschen ist Deutschland kein Hoffungsland mehr, sondern ist zu einem Sorgenland geworden. Das ist die bittere Wahrheit. Aber nur, wer an eine bessere Gesellschaft glaubt, wird unsere Ordnung schützen wollen und dafür auf die Straße gehen.

Der Hamburger Senat kann und ich füge hinzu - muss – einiges tun, um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, das in Hamburg besonders zu Tage tritt. Warum tut sich der Senat so schwer damit, den in Armut lebenden Rentnerinnen und Rentnern einen Aufschlag auf die Grundsicherung zu zahlen? Warum übernimmt der Senat nicht die Investitionskosten für Pflegebedürftige in Heimen, die von Grundsicherung leben müssen? Bis 2010 gab es das in Hamburg! Was hindert den Senat, Seniorenzentren nach dem Vorbild von München in Hamburg zu errichten? Das sozialdemokratisch regierte München finanziert diese Zentren schon lange. Familien könnte der Senat mit einem Hamburger Familiengeld gut helfen und besonders benachteiligten Kindern eine bessere Startchance ins Leben ermöglichen.

Langzeitarbeitslose müssen mehr als bisher, auch durch den Senat, unterstützt werden. Die Kürzung der Gelder in diesem Bereich – und zwar in vorseilendem Gehorsam – ist aus unserer Sicht ein großer Fehler. Uns ist wichtig, dass Behörden arbeitsfähig und Problemlöser, statt Verhinderer sind. Das sind politische Aufgaben, die aktuell zu bewältigen sind und die auch in das Ressort der Sozialbehörde fallen!

Gewerkschaften kommt in dieser schwierigen Zeit eine besondere Bedeutung zu. Mit ihren Lohn- und Gehaltsabschlüssen tragen sie zu einer gerechteren Verteilung bei und ermöglichen die Teilhabe an der Gesellschaft. Streiks, auch wenn wir manchmal persönlich davon betroffen sind, sind dabei Mittel zum Zweck und notwendig.

Damit aber auch Studenten und Studentinnen sowie Rentner und Rentnerinnen mit den Preissteigerungen zurechtkommen, benötigen sie einen Inflationsausgleich. Dafür setzen sich Sozialverbände und andere Interessensgruppen ein.

Wir erwarten, dass die Lage der Menschen mehr als bisher in der Politik von allen demokratischen Parteien angesprochen und wirkliche Hilfe auf den Weg gebracht wird. Die Not wächst, und für viele kommt das dicke Ende noch. Preise für Lebensmittel und für den täglichen Bedarf werden dauerhaft hoch bleiben. Über Belastungen, die wegen der Klimakrise auf uns zukommen, haben wir an dieser Stelle noch gar nicht gesprochen. Allein der klimagerechte Umbau der Gebäude wird viele Milliarden verschlingen, die wir als Gesellschaft aufbringen müssen.

Unsere Versorgungskrise, die Krise unserer Wirtschaft, die Umwelt- und Klimakrise und die zunehmende Armut auch bei uns, können wir nur bewältigen, wenn wir die Menschen mitnehmen. Das ist die größte Herausforderung in der Zukunft. Wenn es uns nicht gelingt, die Menschen für eine gemeinsame Zukunft zu gewinnen, wird nichts gelingen - das muss uns bewusst sein, das muss der Politik bewusst sein.

Es ist nicht hoffnungslos - das zeigen unsere Wahlprüfsteine, unsere politischen Empfehlungen für die Bezirks- und Bürgerschaftswahlen. Wir zeigen auf, wie wir wieder auf Kurs kommen können. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Unsere Gäste:

- Melanie Schlotzhauer, Senatorin der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
- Wolfgang Michael Pollmann, Staatsrat aus der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
- Dennis Thering, Fraktionsvorsitzender der CDU Bürgerschaftsfraktion
- Sabine Boeddinghaus, Vorsitzende der Linken Fraktion in der Bürgerschaft
- Herr Wolfgang Siewert, Präsident Hamburger Landessozialgericht.
- Michaela Engelmeier, und Matthias Neiß, Vorstandsvorsitzende SoVD Bundesverband

- Funktionäre und Funktionärinnen SoVD Landesverbände Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein
- Vertreter:innen von Parteien, aus der Bürgerschaft, den Bezirken und aus der Verwaltung.
- Vertreter:innen der Hamburger Stadtgesellschaft, Vorsitzende, Geschäftsführende, Gewerkschafter:innen sowie Vertreter:innen aus Verbänden, Vereinen, Krankenkassen, Seniorenbeiräten sowie Presse